

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

15.6.1870 (No. 137)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 137.

Ercheint täglich (Sonntag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr. durch die Post be-
tragen 1 fl. 38 kr. vierteljährlich.

Mittwoch, 15. Juni

Das gespaltene Blattlein ober deren
Raum 3 Kreuzer.

1870.

Die bisherige Entwicklung des norddeutschen Bundes.

Als ein Hauptmerkmal bezeichnet die „D. B. Z.“ die Machtlosigkeit des norddeutschen Reichstages und die Vernichtung des Parlamentarismus. In keinem Parlamente Europa's werden die Minderheiten einer ähnlichen Behandlung unterworfen, wie sie denselben in dem „ersten norddeutschen Reichstage“ zu Theil wurde. Prof. Ewald, der Abg. für Hannover, beschuldigt in einem Berichte an seine Wähler die Mitglieder des Reichstages unwürdiger Unterbrechungen und Verhöhnungen, und spricht auch den Präsidenten von Unbilligkeiten und Härten nicht frei.

Die Verjammung gerieth in den letzten Wochen aus vielen schnell zunehmenden Ursachen in eine solche krankhafte Hezjagd, alles irgend Mögliche, was man von ihr wünschte, zu Stande zu bringen, daß ich schon deshalb immer weniger reden konnte.

Wir wüßten andererseits, sagt die „D. B. Z.“, auch keine parlamentarische Körperlichkeit namhaft zu machen, welche das ausdrückliche Aufgeben der Prinzipien dermaßen zur stehenden Einrichtung erhoben hätte, wie der „erste ordentliche norddeutsche Reichstag“. Auch anderwärts freilich gibt es Majoritäten, welche mit der jeweiligen Regierung alle Schwankungen mitmachen, welche dieser belieben; aber dem „norddeutschen Reichstag“ wird das geistige Eigenthumsrecht an dem Verfahren verbleiben, in erster und zweiter Abstimmung seinen Gegensatz gegen die Ansichten der Regierung ausdrücklich festzustellen, um in dritter Abstimmung die Regierungsansicht in aller Form zu der seinigen zu machen. Niemand kann leugnen, daß eine Vertretung, welche sich dieses Verfahren, gleichviel wie, als System aufdrängen läßt, den Verfall des Parlamentarismus darstellt. Eben so schlimme Jahre, wie über den Parlamentarismus, hat die Entwicklung des norddeutschen Sonderbundes über das deutsche Mittel- und Kleinfürstenthum gebracht. Die Schwäche, mit welcher sich die Mehrzahl dieser Fürsten Befugniß auf Befugniß entziehen ließ, der Mangel an Muth, der von ihren Regierungen Preußen gegenüber bewiesen wurde, — das nagt tiefer an dem „monarchischen Prinzip“, als eine gewaltsame Deposition es im Stande ist. Eine weitere Hauptwirkung des Nordbundes ist es gewesen, im Bereiche des Bundes eine durchgreifende Bevölkerungsmischung anzubahnen. Ein großer Theil der nordbündischen Gesetzgebung dient jenem Zwecke. Man hat in dem Freizügigkeits-, dem Gewerbe-, dem Unterstützungswohnungs- und in vielen damit zusammenhängenden Gesetzen freirechtliche Erwerbungen erblickt. Sie sind dieß auch — unter der Bedingung, daß die politische Autonomie der Einzelländer, der Gemeinden, der Kreise, ein starkes Gegengewicht bildet. Andernfalls aber, d. h. wo diese Autonomie fehlt, führt jene soziale Freiheit zur Auflösung aller Elemente, welche

dem mächtigen Centrum einen Widerstand leisten können, führt zur Atomisirung, zur Desorganisation der Bevölkerung gegenüber der Regierung. Und so kommen wir denn schließlich auf das einzige, wahrhaft positive Ergebnis, welches der Bestand des Nordbundes zu Tage gefördert hat: Die Waffengewalt verkehrt den norddeutschen Bund als ihren semper augustus (Allzeit-Mehrer). Die Steuern der dem Nordbund Unterworfenen finden zu ihrem bei Weitem größten Theile ihre Verwendung zu Militärzwecken; andererseits aber hat sich dafür der Militarismus neuerdings enthüllt als die ewige Rechtsquelle auch für alle civilen Verhältnisse.

* Karlsruhe, 12. Juni. Ueber die Wirkungen der Civilehe seit deren vor vier Monaten erfolgten Einführung bemerkt die „Warte“ in einem Leitartikel u. A.:

Unbedingt maßgebend für das Ergebnis über die Zahl Derer, die sich nur bürgerlich und nicht kirchlich trauen lassen, sind die bisherigen Erfahrungen noch nicht, denn bei den Ehen wird die bisherige kirchliche Gewöhnung im Anfang stärker nachwirken als späterhin; Andere mag auch im Anfange gerade der Kitzel treiben, dem Pfarrer zu zeigen, daß man ihn nicht braucht, während später die Ueberlegung sich mehr geltend machen kann. Allein eine Andeutung für die Zukunft liegt doch in den bisherigen Erfahrungen.

In dieser Beziehung kommen bloß bürgerliche Eheschließungen augenscheinlich in der kathol. Kirche seltener vor, als in der protestantischen, in welcher die „Gewissensfreiheit“, wie man's heißt, die Bande kirchlicher Ordnung schon sehr gelockert hat. Wer unser Volk, namentlich in den Städten, einigermaßen kennt, wird nicht behaupten, daß die katholische Bevölkerung viel religiöser sei als die protestantische. Allein es lebt in ihr mehr Respekt und auch Furcht vor ihrer Kirche. Die oppositionellen Elemente haben immer wieder die Erfahrung gemacht, daß sie gegen die Kirche nichts ausrichten, und deshalb sind sie in diesen Dingen eher geneigt, sich zu fügen, um nicht Gegenstand einer — trotz Stromeyer — unangenehmen Behandlung zu werden.

So hört man, daß in der wohl unkirchlichsten Stadt unseres Landes, in Pforzheim, seit 1. Febr. d. J. 50 bis 60 Ehen bürgerlich geschlossen wurden, während nur 26, also die Hälfte, die kirchliche Einsegnung begehrt, und während — trotz oder wegen des Pforzheimer Katholikenvereins — die neun katholischen Paare darunter sämmtlich auch kirchlich eingeseget wurden. Nirgends mag eine verhältnißmäßig so große Zahl bloßer Civilehen vorgekommen sein, obschon ähnliche Fälle aus andern Städten und selbst aus Landgemeinden, oft auffallender Art, gemeldet wurden.

Man wird wohl von der evangelischen Kirche erwarten dürfen, daß auch sie nicht gerade gleichgiltig zusehen werde, wenn ihre Ordnungen von ihren eigenen Mitgliedern geringgeschätzt werden. Schließlich

wird es aber eine Wahrheit bleiben, was von den Freunden der Civilehe häufig geltend gemacht worden ist, daß wer nicht freiwillig den Segen der Kirche zu seiner Ehe sucht, denselben auch nicht werth ist. Für eine Kirche wird man es kaum zu beklagen Ursache haben, wenn Mitglieder, die ihr innerlich nicht mehr angehören, sich auch äußerlich von ihr losmachen.

Die Rücksicht auf das Wohl des Staates tritt hier ganz entschieden stärker in den Vordergrund. Für die Gesundheit des geistigen Lebens eines Volkes kann es nicht gleichgiltig sein, ob sich aus den Abfällen von den christlichen Kirchen eine Art heidnischer Bodenfaß im Volke bildet, der zuletzt Allem, was Kirche und Religion heißt, feindlich gegenübersteht und einen Keil in die Volkseinheit treibt. So ist schon wiederholt behauptet worden, daß seit dem 1. Februar Eltern ihre Kinder nicht haben taufen lassen, weil ja das Kind schon auf dem Rathhause mit seinem Namen eingetragen und man damit der lästigen Begegnung mit dem Pfarrer überhoben sei etc.

(Die gutmüthigen Vorhalte, welche der Hr. Verfasser den Kammer-Gesetzgebern macht, übergehen wir, weil es unserer Ansicht ist, daß diese das, was ihn grämt, mit Freuden sehen.)

* Karlsruhe, 12. Juni. Wir werden dieser Tage das Vergnügen haben, unsere hiesige Polizeimannschaft in einer neuen geschmackvollen militärischen Adjustirung und Ausrüstung ihren Dienst verrichten zu sehen. Wir bedauern jedoch, hierbei wieder auf eine alte Lage zurückkommen zu müssen, daß nämlich die einzelnen Gegenstände dieser neuen Equipirung wiederum im Auslande verfertigt worden sind, und nicht an inländische, vaterländische Meister vergeben wurden. Schon im vorigen Jahre geschah dieses bei Gelegenheit von Anschaffungen für die großh. Truppen und es hatte dieser Schritt eine Bittschrift zur Folge, welche an Se. Excellenz den Kriegsminister v. Beyer gerichtet war, und worin um Berücksichtigung inländischer badischer Bezugsquellen gebeten wurde. Welche Folgen diese Bitte hatte, wissen wir nicht; jedenfalls ist aber durch den neuerdings vorliegenden Fall neuer Anlaß gegeben, auf die Sache zurückzukommen und die Gründe bekannt zu machen, womit die gewerblichen Petenten ihre Eingabe stützten. Sie sagen:

Wir sind um so mehr zu einer solchen Bitte gedrungen und glauben sie um so mehr begründet bezeichnen zu dürfen, als der Absatz nach Außen durch die Anordnungen der Nachbarstaaten, wonach die Truppen und Militärverwaltungen sich in ihren Anschaffungen auf inländische Quellen zu beschränken haben, uns benommen ist, von den großh. Truppen selbst aber vielfach und neuerdings mehr denn je außer Landes Lieferungen begeben werden. Es dürfte wenigstens als ein Gebot der Billigkeit erscheinen, daß in gleicher Weise, wie in den Nachbarstaaten auch die großh. Regierung die Bürger des eigenen Landes, welche an allen Lasten des Landes Theil haben, vorzugsweise berücksichtigt und die einheimischen Geschäfte zu fördern und zu heben sucht.

Daß die inländische Industrie und Geschäftstätigkeit derjenigen der Nachbarstaaten nicht nachsteht, ist durch die vielfachen Anerkennungen bei allen Industrieausstellungen sontha-

Verschiedenes.

† Baden. Von einem neuweltlichen Standesbeamten wurde ausgekelt: „Erlaubniß zur Beerbigung . . . ic. . . das . . . Kind N., dessen Wittwe N. N. zu N. den Wohnsitz.“

Worms, 5. Juni. (F. J.) Die Vorbereitungen für das 5. mittelh. Bundesschießen, welches in den Tagen vom 19. bis 24. d. M. dahier stattfindet, sind so weit gediehen, daß ruhig dem Empfang der bereits zahlreich angemeldeten Gäste entgegen gesehen werden kann. Der Festplatz mit allem seinem Zubehör gewährt einen schönen Anblick und Das, was der Centralausschuß zu bieten entschlossen ist, wird nicht verfehlen, auf die Festbesucher den besten Eindruck zu machen. Die ativen Schützen insbesondere werden im Hinblick auf den reichbesetzten Gabentempel, dessen Inhalt sich auf 6-7000 fl. (worunter allein nahezu 1000 fl. von den Frauen und Jungfrauen unserer Stadt) belaufen dürfte, eine herrliche Gelegenheit finden, ihre Waffenübungen mit schönen Preisen zu krönen.

Die „Dresdner Nachrichten“ berichten aus Dresden vom 4. Juni: „In einer der hiesigen katholischen Schulen war plötzlich ein Schulmädchen verschwunden. Man hörte in der Retirade des Schulgebäudes ein seltsames Geräusch und bald stellte sich heraus, daß ein Kind sich durch die sogenannte Brille sich mühsam hindurchgezwängt hatte, um sich das Leben zu nehmen. Ein herbeigeholter Arbeiter brach, da keine Zeit zu verlieren war, eiligst mit der Hade die Bretter los und zog das Mädchen heraus. Und warum hatte das Kind den Schritt gethan? Weil, wie wir hören, es von der Mutter Geld zu

Schulrequisiten erhalten, dasselbe vernachlässigt, und der Lehrer in ganz billiger und gerechter Weise die Mutter darüber befragen wollte. Das Mädchen ist etwa acht Jahre alt und die Tochter sehr ehrenwerther Eltern. Daß die That sehr raffiniert war, beweist schon der Umstand, daß das Kind inwendig den Abtritt verschloß und den Schlüssel in den Schlot warf, um alle Hilfe von außen abzuwehren.

Essen, 4. Juni. Vom 13. bis 15. d. wird hier eine Zusammenkunft des Vereins deutscher Eisenbahntechniker stattfinden.

Laubach, 9. Juni. Heute Abend starb hier die Fürstin zu Solms-Laubach, geb. Prinzessin zu Wied. (D. B.)

** In Turin hat man ein Individuum aufgegriffen, einen römischen Emigranten aus dem Jahr 1849 Namens Collonello, in dem man glaubt, den Mörder des Grafen Rossi erwischt zu haben.

Rom. Nach der offiziellen Liste der Prälaten, welche Sitz und Stimme auf dem Concil haben, sind es deren im Ganzen 1037. Von dieser Zahl hatten sich 702 in Rom eingefunden, während 335 Väter aus rechtmäßigen Gründen dispensirt worden waren. Gestorben sind seit Eröffnung des Concils 16 Prälaten. Der Letztverordnete ist Mgr. Dbin, Erzbischof von New-Orleans, die andern sind die Cardinäle Pentini, Reisch und Bonella, die Bischöfe von Przemysl, Foggia, Panamä, Veracruz, Tarbes, Lérida, Guesca, Abenga, Cveuz, Olinda und Southwart und der Generalabt des Prämonstratenser-Ordens. Hier in Rom besteht seit 70 Jahren eine „kathol. Akademie“, welche alljährlich vom Mai bis September 12 Sitzungen ab-

hält. Akademien nennt man hier Vereine von Gelehrten, Künstlern und andern Gebildeten, welche durch Vorträge und Preßprodukte bestimmte Zweige der Kunst und Wissenschaft pflegen. Die hier gemeinte Akademie beschäftigt sich mit der Theologie, hat aber vorzugsweise eine apologetische Tendenz. Ihr derzeitiger Präsident ist der Cardinal Fabio Maria Aquini, geb. 1802 in der Provinz von Udine u. am 21. April 1845 zum Cardinal ernannt. Zweiundzwanzig Cardinäle sind Censoren dieser Akademie, d. h. Beurtheiler der in ihr gehaltenen Vorträge, und deren Mitglieder gehören zu den gelehrtesten der in Rom lebenden Theologen. In diesem Jahre wird der größere Theil der Sitzungen mit Reden ausgefüllt, um die Aufstellungen des „Janus“ zu widerlegen.

New-York. Vergangenen Monat fand hier eine Versammlung zur Beilegung der Differenzen mit den Indianer-Stämmen statt, zu welcher auch Indianer-Häuptlinge eingeladen wurden u. erschienen sind. Ein Irokesenhäuptling hielt eine bemerkenswerthe Rede, in der er sagte: „Es ist als gingen zwei oder drei böse Menschen von dieser großen Stadt New-York nach der großen Stadt Philadelphia und tödteten dort zwei oder drei Menschen, und der große Staat Pennsylvania zöge mit Kanonen gegen diese Stadt und ließe das ganze Volk leiden. Es ist als käme ein großer Staat über die See nach der großen Stadt New-York, und sagte: Ihr müßt eure Häuser und eure schönen Gärten verlassen, eure Väter sind hier begraben, aber ihr müßt ziehen. Wie der große Gott Erbarmen mit Euch hat, so habi Erbarmen mit uns, und laßt uns die Heimath, in welcher wir so lange beschützt wurden.“

tirt; die Preise und die Qualität der Mehrzahl der laufenden Artikel stehen denjenigen der Nachbarstaaten gleich. Würde es sich um große Preisunterschiede handeln, so wären wir weit entfernt, daran zu denken, daß die Großh. Regierung auf Kosten der Gesamtheit einzelne Geschäftsleute des Inlandes bevorzuge; nur wenn man zusehen muß, wie vielfach Ausländer ihre nicht bessere und nicht billigere Waare mit allen Mitteln aufdrängen und wie gar oft die nämliche Waare, wenn sie nur von Außen kommt, der einheimischen vorgezogen wird, thut es wehe, nicht den nämlichen Schutz zu genießen, den andere Regierungen ihren einheimischen Geschäftsleuten angedeihen lassen.

Es sind in Preußen die Bekleidungskommissionen der Truppen angewiesen, ihre befalligen Artikel von inländischen Fabrikanten zu beziehen. Das Gleiche hat sich auch in den übrigen Nachbarstaaten erwiesen. Von den Großh. Fab. Truppen werden jedoch in neuerer Zeit aus dem Auslande Leinwand, Woll- und Baumwollstoffe, Metallknöpfe, Gürtelwaaren aller Art, Leder- bezw. Sattlerwaaren, Polamentierartikel, fertige Bekleidungsstücke, sowie sonstige Ausstattungsgegenstände jeder Art bezogen, welche ebenbürtig im Großherzogthum fabricirt und bezogen werden könnten.

Em. Excellenz erlauben wir daher unsere ehrerbietigste Bitte, welche ohne irgend eine Benachtheiligung des Aera's nur eine Berücksichtigung der inländischen steuerzahlenden Geschäfte bezweckt, — eine Bitte, die gewiß nicht unbillig erscheint und auch bei der Landesvertretung stets Anerkennung gefunden hat und sie finden wird, — zur hochgeneigten Entschliessung vorzutragen, indem wir im Vertrauen auf die gerechte und wohlwollende Gesinnung Em. Excellenz einer hochgeneigten Willfährigkeit in Ehrerbietigkeit entgegensehen.

So sprachen unsere Geschäftsmänner im August vorigen Jahres und, wie bemerkt, hat der jetzt wieder vorliegende Fall so viel Ähnlichkeit mit dem früher vorgekommenen, daß eine Erinnerung an jene Petition uns durchaus am Platze zu sein scheint.

♣ Von der Art. Das Kommando der bad. Artillerie mag sich bei dem Verfasser des Artikels in Nr. 134 der „Bad. Ldsztg.“ vom 10. Juni, aus Karlsruhe vom 8. Juni datirt, für das Kompliment, welches demselben gemacht wird, bedanken, indem darin behauptet wird: Baden habe keinen General in höherer Charge (ist General-Major nicht hoch genug?), welcher artilleristischer Fachmann sei; deßhalb habe man einen preuß. General berufen lassen.

Ganz abgesehen von dem beleidigenden Ausdruck sehen wir übrigens nicht ein, warum die „Ldsztg.“ eine Art Rechtfertigung bringt, daß man überhaupt einen preuß. General zu einer Musterung berufen hat; im Gegentheil, es hat uns gewundert, daß dieses nicht schon lange geschah, und es wird dieses Jedermann unter den jetzigen Verhältnissen natürlich finden. Die Sache aber theilweise auf Rechnung der badischen Artillerie-Offiziere entschuldigen zu wollen, da hätte man doch lieber ganz geschwiegen!

Berlin, 12. Juni. Der neueste „Staatsanzeiger“ ladet wieder 16 Militärschiffe (Landwehrmänner aus den Gerichtsprengeln von Bunzlau und Kempen) zur öffentlichen Verhandlung vor. — In den nächsten Tagen geht der „K. Z.“ zufolge das ansehnlichste Panzergeschwader, welches die preußische und norddeutsche Flotte bisher ausgerüstet, unter dem Oberbefehl des Admirals Prinzen Adalbert von Preußen in See, um seine Reise bis nach Madeira auszudehnen. Das Geschwader besteht aus den Panzerfregatten „König Wilhelm“, „Kronprinz“ und „Friedrich Karl“ mit 1300 Mann Besatzung und dem Panzerfahrzeug „Prinz Adalbert“. — In Portsmouth ist die preußische Schraubenfregatte „Friedrich Karl“ gedockt worden, um außer den Ausbesserungen der Schraube eine Reinigung des Rumpfes durchzumachen. Die „Times“ äußert sich über das (in Frankreich gebaute) Schiff keineswegs günstig. Sie sagt: „Das Schiff ist ganz bedeutend lech, und eine genaue Untersuchung des Rumpfes unter der Wasserlinie zeigt, daß die Sieken der Panzerplatten im Vergleich mit Eisenschiffen, die in England gebaut sind, nur sehr mittelmäßig verbunden sind, und daß eine Sieke (Hals) sogar mit Bergkalfatert ist. Das Bug verlängert sich unter der Wasserlinie in Sporenform und ist nicht sehr stark gebaut, während der Achtersteven und das Ruder in Folge der niedrigen Termen gegen einen feindlichen Schutz gänzlich unbeschützt und überdies roh und schwach gebaut sind.“ — Vierzig Kadeten sind von der Epidemie ergriffen (das Korps zählt gegen 700 Mitglieder), wovon drei heute ihren Leiden erlegen sind. Die Telegramme, welche gestern an das Korps eintrafen, um die Zöglinge heimzurufen, zählen nach Hunderten. — Im „Staatsanzeiger“ werden 26 Militärschiffe vom Kreisgerichte zu Rosenberg in Oberschlesien reklamirt. — Zu Mitgliedern des Bundes-Oberhandelsgerichts wurden ernannt: Bangerow (Preußen), Voigt (Lübeck). Das Gericht tritt Ende Juni in Wirksamkeit.

Berlin, 12. Juni. Laut amtlicher Aufstellung des Zollvereins-Bureau's hatte die vorläufige Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen an Ein- und Ausgangszöllen nebst den anderen dahin gehörenden Erträgen für das erste Vierteljahr 1870 folgendes Ergebnis: Die Bevölkerung betrug 38,302,390, wovon 29,498,454 auf den norddeutschen Bund und unter letzterem 24,393,257 auf Preußen und die einrechnenden Gebietsstücke kommen. Der Gesamtbetrag der gemeinsamen Bruttoeinnahme stellt sich auf 51,649,584 Thaler 5 Sgr. 4 Pfg., davon auf den Nordbund 4,891,099 Thlr. 23 Sgr. 7 Pfg. und hier wieder 3,885,160 Thlr. 1 Sgr. 10 Pfg. auf Preußen,

340,217 Thlr. 8 Sgr. 2 Pfg. auf Bayern. Nach Abzug der Kosten für die Zollerhebung und den Zollschutz an den Außengrenzen, sowie der sonstigen Ausgaben bleiben zur gemeinschaftlichen Theilung 4,847,959 Thaler zu stellen. Davon fallen nach dem Bevölkerungsverhältniß auf den norddeutschen Bund 3,733,639 Thlr., auf Luxemburg 25,309 Thlr., auf Bayern 610,967 Thlr., Württemberg 225,093 Thlr., Baden 181,442 Thlr., Hessen (Starkenburger und Rheinhesen) 71,509 Thlr. Herauszuzahlen haben demnach: der norddeutsche Bund 589,640 Thlr., Luxemburg 5474 Thlr. und Hessen 25,688 Thlr., zusammen 620,802 Thlr., die Bayern, Württemberg und Baden erhalten.

Nach offizieller Zusammenstellung der Ergebnisse des Tabaksbaues im nordb. Bunde wurden im verfloßenen Jahre mit Tabak bebaut: in Preußen 21,395 Morgen, Sachsen 44 Morgen, Sachsen-Weimar 32 Morgen, Sachsen-Meiningen 475 Morgen, Sachsen-Altenburg 1 Morgen, Koburg-Gotha 2 Morgen, Anhalt 608 Morgen, Schwarzburg-Rudolstadt 506 Morgen, Schwarzburg-Sondershausen und Braunschweig nur einige Ruthen. In den übrigen Staaten fand gar kein Tabaksbau statt. Die Brutto-Einnahmen an Tabakssteuer und Uebergangs-Abgaben betragen 191,901 Thlr., die Netto-Einnahme 163,727 Thlr.

Die Einnahmen aus der Rübenzuckersteuer beliefen sich im vergangenen Jahre auf 11,183,362 Thlr., aus der Salzsteuer auf 7,080,635 Thlr., aus der Branntweinsteuer nebst Uebergangsabgaben auf 9,786,887 Thlr., aus der Braumalzsteuer nebst Uebergangs-Abgaben auf 3,004,539 Thlr.

Dresden, 9. Juni. Wie man hört, ist wegen der Grenzüberschreitung einer Abtheilung preussischer Soldaten auf österreichisches Gebiet auch von sächsischer Seite eine Untersuchung eingeleitet worden und dürfte der preussische Truppenkommandant jedenfalls zur Verantwortung gezogen werden.

In Meissen und in Chemnitz haben sich in diesen Tagen wieder zwei Soldaten mit ihren Dienstgewehren erschossen.

Darmstadt, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Bezirksstrafgerichts wurde das Urtheil in der gegen den ehemaligen Oberleutnant Valentin Jäger anhängigen Anklage wegen Herabwürdigung der Religion und Verleumdung verkündigt. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnißstrafe von sechs Wochen beantragt. Der Gerichtshof v. rurtheilte den Angeklagten zu einer Korrekthausstrafe von 3 Monaten und 8 Tagen. (Dies ist der kürzlich im „Bad. Beob.“ erwähnte Fall.)

*** Darmstadt, 12. Juni.** Der Kaiser von Rußland kam um 5^{3/4} Uhr von Bad Ems hier an und setzte nach kurzer Begrüßung durch den Prinzen und die Prinzessin Karl, sowie den Prinzen Ludwig die Reise nach Jugenheim fort. Der Großherzog erwartet den Kaiser in Bickenbach.

≡ Mainz, 11. Juni. Das „Mainzer Journal“ von heute bringt an seiner Spitze aus dem eben erschienenen Hefte des „Katholik“ folgende Erklärung des hochw. Bischofs von Mainz, Freiherrn von Ketteler:

„Die „Allgemeine Zeitung“ kann fast nicht meinen Namen nennen, ohne zugleich eine Unwahrheit auszusprechen.

So ist es auch wieder in dem fünfzigsten „Römischen Briefe vom Concil“ in dem Hauptblatte vom 4. Juni geschehen.

Sie berichtet dort über eine Rede, welche ich im Concil in letzter Zeit gehalten habe, in folgender Weise:

„Einen ganz entgegengesetzten Eindruck brachte Ketteler's Rede hervor. Man war gespannt, was er sagen würde, denn man wußte, daß er einen inneren Kampf durchgestritten hatte. Vor zehn Monaten war er in seiner Schrift über das damals erst angekündigte Concil ganz aus freiem Antriebe als Fürsprecher der päpstlichen Unfehlbarkeit aufgetreten; mit glühender Verehrung, mit hingebender Devotion für den Papst war er, obgleich er in Fulda das neue Dogma als unzeitgemäß erklärt hatte, nach Rom gekommen. Ich unterlasse es, die Stufenfolge anzugeben, in welcher der Enttäuschungs- und Ernüchterungsprozeß bei ihm sich vollzog. Seine Rede hat bewiesen, daß er aus einem Inopportunisten ein entschiedener Gegner des Dogma's selbst geworden ist, wie dieß auch vielen Anderen begegnete.“

Ich bin nun nicht in der Lage, mitzutheilen, was ich gesagt habe; ich kann aber, ohne das Geheimniß zu verlegen, abweisen, was ich nicht gesagt habe, und erkläre deßhalb Folgendes:

1) Ich habe noch nie an der Unfehlbarkeit des Papstes gezweifelt; ich habe diese Lehre immer offen bekannt, in Deutschland wie hier in Rom; ich habe nie Jemand Gelegenheit gegeben, diese meine Ansicht zu bezweifeln; ich habe also auch gewiß in meiner letzten Rede diese Ueberzeugung nicht verleugnet. Es ist daher vollkommen unwahr, daß eine Wandlung meiner Ueberzeugung stattgefunden habe; es ist vollkommen unwahr, daß ich aus „einem Inopportunisten ein entschiedener Gegner des Dogma's selbst geworden“ bin. Meine „glühende Begeisterung“, meine „hinge-

bende Devotion für den Papst“ ist immer durchaus dieselbe geblieben. Der Korrespondent ist daher auch nicht in der Lage, „die Stufenfolge anzugeben, in welcher der Enttäuschungs- und Ernüchterungsprozeß“ sich bei mir vollzogen hat. Alle diese Behauptungen sind nackt und einfach Unwahrheiten. Wenn ich irgend etwas für mich in Anspruch nehmen kann, so ist es das, daß ich bezüglich dieser Lehre immer dieselbe Ansicht gehabt habe und heute noch habe.

2) Für mich bestand von da an, wo diese Frage angeregt ward, nur ein doppeltes Bedenken: Erstens, ob diese Lehre, die ich für die glaubwürdigste halte und als solche auch meiner Diözese vorgestellt habe, aus der heiligen Schrift und der Erblehre mit jenem Grade der Gewißheit erhelle, der zu einer dogmatischen Definition nothwendig ist; und zweitens, ob in den Zeitumständen jene Nothwendigkeit vorhanden sei, welche immer vorhanden sein muß, um eine Glaubensentscheidung zu treffen. Das Letztere begreift man unter der Opportunität dieser Frage. Wenn nun in dieser letzteren Hinsicht eine Wandlung bei mir stattgefunden hat, so ist es nur insofern geschehen, als ich allerdings der überaus heftigen Angriffe wegen, welche der Primat in letzterer Zeit gefunden hat, wobei namentlich die Römischen Briefe der „Allgem. Ztg.“ an der Spitze stehen, nicht mehr mit derselben Gewißheit wie früher die Meinung festgehalten habe, daß eine Entscheidung der Kirche über diese Frage unterbleiben könne.

3) Wenn ich aber auch die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes in der Schrift und Tradition für so wohlbegründet halte, daß ich sie nicht nur selbst zur Norm meines Lebens gemacht, sondern auch jedem treuen Sohne der Kirche, der mich über dieselbe um Rath fragen würde, nach meinem Gewissen nur antworten könnte, daß ich die Begnung derselben zwar noch nicht als einen Abfall von der Lehre der Kirche, aber doch als äußerst bedenklich ansehen müßte, so bleiben dabei über den Gegenstand derselben, über ihren Umfang und über die Bedingungen und Voraussetzungen, unter welchen Ansprüche des Papstes bezüglich der übernatürlichen Offenbarung — und nur solche Ansprüche können hier in Rede kommen — durch eine besondere göttliche Assistenz unfehlbar sind, mannigfache Verschiedenheiten fortbestehen. Hierüber gibt es Ansichten, die weiter und enger sind. Wenn ich daher über diese Bedingungen andere Ansichten habe, wie Andere, und diese Ansichten, so lange die Kirche nicht entschieden hat, frei und offen vertrete, so ist Niemand befugt, dem die Wahrheit lieb ist, mir deßhalb nachzusagen, daß ich ein Gegner der Infallibilität sei. Aber auch bezüglich dieser Bedingungen ist meine Ansicht seit lange sich immer vollkommen gleich geblieben.

Es würde mir leicht gewesen sein, bei jedem Briefe der „Allgemeinen Zeitung“ über das Concil große Unwahrheiten und Entstellungen nachzuweisen. Wer die Verhältnisse hier kennt und diese Briefe liest, kann nicht zweifelhaft sein, daß dieß keine unverschuldeten Irrthümer mehr sein können, sondern daß hier ein System der Irreführung des Publikums vorliegt. Wenn mir aber auch die Zeit abgeht, diese ununterbrochene Reihensolge von Unwahrheiten öffentlich zu besprechen, so kann ich doch da nicht schweigen, wo wieder der Versuch gewagt wird, meine Gesinnung in so unwahrer Weise anzugehen.

Rom, den 5. Juni 1870.

† Wilhelm Emmanuel,
Bischof von Mainz.

○ München, 11. Juni. Die Referate der Abgg. Kolb und Greil erschöpfen nach den verschiedenen Seiten hin die Wünsche und Erwartungen, welche im Volke leben. Der Abg. Kolb entspricht mit seinen Anträgen der demokratischen wie der katholisch-patriotischen Partei in Bezug auf die Lasten und das System des Militarismus; der Abg. Greil trägt auf anderen Gebieten des Staatslebens den Forderungen des Volkes auf Erleichterung Rechnung, was die demokratische Partei gleichfalls anstrebt, und außerdem reklamirt derselbe für die kath. Bevölkerung, für die Religionsgesellschaft der Katholiken die verfassungsmäßige Parität und Heilighaltung ihrer Rechte. Daß derselbe gegen die Berufung norddeutsch-protestantischer Gelehrter bei Zurückdrängung des kath. Elementes auftritt, will von demokratischer Seite verdacht und bemängelt werden. Da kann man wirklich sagen, sie wissen nicht, was sie thun. Die Demokraten sind doch mit den Patrioten einig, daß Bayern der Verpreußung entwunden werden soll. Nun, wer verpreußt denn Bayern am meisten? Es sind gerade diese an die Universitäten zc. berufenen norddeutschen Gelehrten. Der Geist, welcher in der sog. Fortschrittspartei lebt, ist von dem Geiste und der Thätigkeit dieser Gelehrten gepflanzt. Patriotisch, d. h. antipreußisch, hat sich nur das katholische Volk erwiesen; dieses wählte die patriotische Mehrheit der Abgeordnetenversammlung, welche Majorität aus lauter Katholiken besteht. Die Protestanten, ihre Gelehrten an der Spitze, mit wenigen Ausnahmen, sind für Preußen und die Verpreußung.

Wie kurzfristig zeigt man sich also demokratischer Seite, wenn man durch Urtheile über das Referat des Abg. Greil, wie es z. B. die „N. Fr. Pr.“ ausspricht, gleichsam Partei nimmt für die Propagandisten der Verpreuung. Von diesen Vorurtheilen, von dem Judentum und Freimaurer-Haß gegen den Katholizismus hat sich die Demokratie zu reinigen, wenn sie nicht an der gefundnen Vernunft Bankrott machen will. Wir meinen, hellblickende Politiker im großdeutschem demokratischen Lager könnten eben so gut wissen wie wir, daß der preuß. Anhang in Deutschland fast durchweg aus solchen Elementen besteht, welche dem Katholizismus und der kath. Kirche feindlich sind, und daß Protestantismus und Freimaurerthum für die preuß. Vergrößerungspolitik, man könnte sagen unwillkürlich und mit Naturnothwendigkeit seit langen Jahren, und in gesteigertem Maße seit 1866, die ausgebreitetste und wirksamste Propaganda machen; ein Kriegsheer auf geistigem Gebiete, das in der offensten Bewegung keinen Augenblick rastet. Das sollte denn doch, meinen wir, einleuchten, daß es einen gewaltigen Widerspruch in sich schließt, einerseits den Cäsarismus und Militarismus, das Preußenthum zu bekämpfen, andererseits aber eben diesem Preußenthum dadurch Vorschub zu leisten, daß man sich zu demjenigen Faktor schlägt, der dasselbe propagirt und stützt. — Wenn es sich um das Recht, die Selbstständigkeit und die Freiheit der Katholiken, bezw. ihrer Kirche handelt, da sind eben die sog. Demokraten ganz in der gleichen Welle gefärbt, wie die vielmehrigen Gothaer.

München, 11. Juni. (N. Z.) Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in der dritten Sitzung die Verathung des Militärbudgets beendet. Die Anträge des Referenten Abg. Kolb, gegen welche sich der Kriegsminister mit größter Entschiedenheit erklärte, gelangten, mit Ausnahme einiger nicht wesentlichen Punkte, zur Annahme, zum Theil mit Einstimmigkeit, zum Theil gegen eine oder zwei Stimmen. Es hat sich der Ausschuss insbesondere für die Herabminderung der Präsenzzeit der Infanterie auf 8 Monate, Auflösung von vier Kavallerie-Regimentern, die Regimentsverbände abzuschaffen und damit zugleich sämtliche Obersten- und Oberlieutenantstellen einzuziehen, erklärt. In einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung wird der Ausschuss seine Beschlüsse einer zweiten Lesung unterziehen, und dann wird der Bericht desselben gedruckt werden. — In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses zum Beginn der Verathungen über das Kolb'sche Referat waren sämtliche Minister anwesend, und wie man vernimmt, ist insbesondere der Kriegsminister den von Referenten Abg. Kolb in seinem Vortrage aufgestellten Grundsätzen mit großer Entschiedenheit entgegen getreten. Es war dies vorauszuwachen, da Hr. Kolb eine vollständige Aenderung des bisherigen Systems verlangt.

Wien, 12. Juni. Bewegung über Bewegung! Die Parteien regen sich ungewöhnlich stark in der Wahlagitatio; eine bunte Musterkarte von Wahlprogrammen läßt sich aufzeigen. Sehr in den Vordergrund tritt die katholische Bewegung, welche den liberalen Parteien bereits Besorgnisse einzuspielen beginnt. Es könnte sich der sonderbare Fall treffen, daß in dem nächsten Reichsrathe des katholischen Oesterreichs eine „katholische Fraktion“ auftritt! Der „Kreuz-Ztg.“ wird über die Wahlbewegung geschrieben: „Im Ganzen stehen sich zwei große Parteien gegenüber: die „Alten“ und die „Jungen“ oder, wie sie sich lieber nennen hören, obwohl die Bezeichnung nicht paßt: die Verfassungs- und die Fortschrittspartei. Zu jener gehören die Anhänger des früheren Kabinetts, die Dezembristen, zu dieser die Freunde des Ausgleichs mit den Nationalitäten nach ihren verschiedenen Nuancirungen. Welche von beiden, zumal in Wien, das Uebergewicht erlangen werde, läßt sich vor der Hand nicht einmal annäherungsweise bestimmen. Ein von dem kaufmännischen Reformverein ausgehender Versuch, beide Parteien zu verschmelzen, wird bei der grundsätzlichen Verschiedenheit ihrer Hauptzwecke voraussichtlich ohne nachhaltigen Erfolg sein. Eine neue Thatsache ist, daß die klerikale Partei, und zwar in ihren entschiedensten Elementen, den unbedingten Anhängern des österreichischen Kontordates, eine nicht zu unterschätzende Thätigkeit bei den Wahlvorgängen vorbereitet und entwickelt. Spuren dieser Erscheinung, mit der man ernstlich rechnen müssen, zeigen sich sogar in der Hauptstadt, wo die Partei doch einen sehr ungünstigen Boden hat, noch mehr bei der Landbevölkerung, zumal in Oberösterreich und Salzburg. Die Partei wird in ihren Bemühungen von den vielen katholischen Lokalvereinen, welche im Lande existiren, vortrefflich unterstützt.“

Dem „Pesther Journal“ wird aus Szegedin geschrieben: „Gleich nach den Pfingstfeiertagen begibt sich das delegirte Gericht des Pesther Komitates nach Szegedin, um daselbst an Ort und Stelle die ersten Urtheile in dem furchtbaren Monster-Prozesse zu fällen. Die Geständnisse von 180 Gefangenen sind bereits beglaubigt, und mit den ebenfalls eingebrachten und bereits vernommenen Hehlern, Frauen, dürften 300

Urtheile gefällt werden. Man hat hier ein Reg von Verbrechern vor sich, das in der Verbrecher-Statistik seines Gleichen sucht. Männer, die in den Gang der Verhandlungen eingeweiht sind, behaupten, daß, würde man nach dem Buchstaben des Gesetzes urtheilen, mehr als 200 Todesurtheile gefällt werden müßten.“

Der Gemeinderath von Wien hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die Lehrer an den Kommunal-Volksschulen nicht verpflichtet seien, sich an dem Fronleichnam-Umgang zu betheiligen; die Betheiligung der Schulkinder ist dem Ermessen der Eltern anheimgegeben. Das fürsterzbischöfliche Konsistorium hat gegen diesen Beschluß, als in der Kompetenz des Gemeinderathes nicht gelegen, sofort schriftlichen Protest erhoben.

Prag, 10. Juni. „Narodni Listy“ erklären, es sei wünschenswerth, daß die Nation sich mit Waffen versorge, um nöthigenfalls das Vaterland mit gewaffneter Hand zu schützen. Nur eine starke, bewaffnete Nation vermag sich eine sichere Heimath zu verschaffen. Das tschechische Blatt fordert daher abermals zur Gründung von tschechischen Schützenvereinen auf.

In Prag war für den ersten Pfingsttag eine Gedächtnisfeier an die tschechische Pfingsterhebung des Jahres 1848 vorbereitet, wurde indes in Folge militärischer Vorkehrungen unterlassen.

Ausland.

Rom, 7. Juni. Eine Anzahl Bischöfe hat Protest erhoben gegen den Schluß der Generaldiskussion über das Schema de pontifice Romano. Es soll dieses Aktensstück weniger Unterschriften zählen, wie z. B. der Protest gegen den Anhang zur Geschäftsordnung. Am 1. d. sind 200 Freiwillige für das päpstliche Militär eingetroffen.

Paris, 11. Juni. Dupuy de Lôme und Béhic haben ihr bekanntes Projekt zur Herstellung einer Linie von starken Steamern zwischen Calais und Dover, welche im Stande wären, einen ganzen Eisenbahnzug von dreißig Waggons zu tragen (wodurch man künftig von Paris nach London fahren kann, ohne den Wagen zu wechseln, und dabei über zwei Stunden gewinnt), dem Ministerium für öffentliche Bauten vorgelegt, mit dem Gesuch, daß die hierzu nöthigen Arbeiten im Hafen von Calais möglichst beschleunigt würden. In Dover bereitet die englische Regierung schon die nöthigen Arbeiten vor, daß jene ungeheuren Paketboote mit Leichtigkeit anlegen können.

Paris, 11. Juni. Der Präsident des Senates hat gestern dem Kaiser das erste Gesetz, welches der Senat gemäß der neuen Verfassung votirt hat, präsentiert. Heute ist dem Senate ein vom gesetzgebenden Körper noch nicht berathenes Gesetzprojekt vorgelegt worden; es ist dies der erste Fall, in welchem der Senat als legislative Kammer auftritt. Das Gesetzprojekt betrifft die Geschäftsordnung der Präfekturräthe. — In Betreff der Mony'schen Interpellation wegen der Gotthardbahn vernimmt man, daß der eidgenössische Gesandte, Hr. Kern, sofort Veranlassung genommen habe, im auswärtigen Amte sachdienliche Aufschlüsse zu geben, wonach das Verhältnis zwischen den kontrahirenden Staaten ein rein kommerzielles sei, das die Unverbrüchlichkeit der politischen Neutralität der Schweiz zur Voraussetzung habe. Hr. Kern bemerkte weiter, daß die Schweiz weit entfernt sei, durch das Gotthardunternehmen für dasselbe ein abgeschlossenes Privilegium geschaffen zu haben. Im Gegentheil stünden die Sympathien der Eidgenossenschaft allen andern Gesellschaften und Unternehmungen zur Verfügung, welche in derselben Weise moralische und materielle Garantien darzubieten vermöchten, wie es bei dem Gotthard der Fall sei.

Rußland und Polen. Der „Russische Invalide“ enthält Nachrichten von der Halbinsel Manguschlat (an der Nordküste des kaspischen Meeres), die bis Ende April reichten. Das Fort Alexander war mehrere Male von den Kirgisen angegriffen worden. Oberst Graf Kutaisow, welcher dem bedrängten Fort mit einer Kolonne zu Hilfe eilte, erreichte dasselbe nach heißen Kämpfen, in welchen er 9 Reiter und 1 Dolmetscher verlor, die getödtet wurden; 14 Mann wurden verwundet. Ende April hatten sich die Kirgisen von dem Fort zurückgezogen.

Mehr als 300 polnische Priester in Litthauen haben vor Kurzem an die moskowitzischen Behörden eine Adresse gerichtet, in der sie mit aller dem geistlichen Charakter gebührenden Würde und Autorität und dem der kaiserlichen Gewalt schuldbigen Respekt offen erklärten, daß sie trotz allen von der Regierung ausgeübten Druckes nicht gewillt sind, das in die russische Sprache übertragene Ritual beim Gottesdienst in den kathol. Kirchen einzuführen und daß sie bereitwillig die Folgen dieser Weigerung über sich ergehen lassen. Der Klerus betrachtet sich unter den obwaltenden Verhältnissen als „auf Mission“ befindlich in einem barbarischen Lande und ist entschlossen, wenn nöthig, selbst das Märtyrium zu ertragen.

Wie dem „Hamb. Korr.“ geschrieben wird, haben die Direktoren der Gymnasien in Wilna, Dorpat und Libau, Graf Racynski, Schröder und Hoheisel, ihr

Am niedergelegt, weil sie kein Russisch verstehen. Krannhals in Riga und Gabenbäck in Reval haben dagegen das Anerbieten, auf Staatskosten einen Uebersetzer zu halten und durch diesen mit dem Gouvernement russisch zu korrespondiren, angenommen.

Karlsruhe, 13. Juni. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungs-Blatt Nr. 40 enthält das Militär-Strafgesetzbuch.

† **Kastatt, 14. Juni.** Heute Nacht bald nach zwei Uhr kam hier schon wieder ein Brand zum Ausbruch. Der „Rheinische Hof“ und zwei angrenzende Wohnhäuser nebst mehreren Hintergebäuden brannten nieder. Man sagt ein Hausknecht werde vermißt; eine Menge Fahrnisse gingen zu Grunde.

† **Baden, 12. Juni.** Das „Badeblatt“ veröffentlicht das Programm des großen internationalen Schach-Turniers. Die Administration des Konversationshauses hat einen Preis von 3000 Fr. ausgesetzt, um den sich die Schachspieler aller Länder bewerben können. Der Einsatz beträgt 50 Fr., die an den Schachmeister vor dem 1. Juli eingezahlt werden müssen. Jeder Spieler spielt 3 Partien mit jedem seiner Mitbewerber. Unentschiedene Spiele werden jedem für eine halbe Partie gerechnet. Die Zeit ist auf eine Stunde für zwanzig Züge festgestellt. Der Spieler, der diese Grenze überschreitet, verliert die Partie. Wer die meisten Partien gewonnen hat, ist Sieger des Preises von Baden; der unmittelbar zunächst kommende Spieler erhält den zweiten Preis, der aus den Einsätzen besteht. Nach der Preisvertheilung wird zu Ehren der Sieger ein Banket unter dem Vorsitze Sr. Durchlaucht des Fürsten Stourdzja und des Vizepräsidenten Herrn von Turgenjeff stattfinden.

Heutiger Stand der Fremdenliste 9893.

— **Freiburg, 12. Juni.** Wegen des Sängerefestes wurde die Spendung des hl. Sakramentes der Firmung an die Firmlinge aus der Stadt und der nächsten Umgebung vom Pfingstmontag, wo es herkömmlich war, auf den Dreifaltigkeitssonntag verlegt. Nach dem Fronleichnamsfeste wird der hochw. Herr Bischofsverweser Bischof Dr. v. Kübel eine Firmungsreise unternehmen, zunächst in das Oberland.

Wallbörn, 4. Juni. Den gegebenen Beispielen folgend, haben Gemeinderath und Bürgermeister das Amt niedergelegt und um alsbaldige Anordnung der Neuwahl gebeten.

Wehr, Kreis Lörrach. Am 7. Abends wurde der mit 13 Personen besetzte Postomnibus zwischen Brennet und Schopfheim in Folge des Scheuens eines der Pferde in den Straßen-graben gedrängt, wodurch derselbe umfiel. Die Reisenden, die sich oben auf dem sogenannten Fuße befanden, konnten sich durch einen glücklichen Sprung zur rechten Zeit retten; der Postillon aber auf dem Bod und die Passagiere im Innern der Wagens wurden durch den Sturz hart mitgenommen. Mehrere Personen trugen Verwundungen davon, jedoch nicht gefährlich. Nur der Postillon ist durch den Sturz dienstuntauglich geworden.

Aus Ueberlingen kommt die wenig erfreuliche Nachricht, daß der dortige katholische Männerverein eingegangen ist. Ein Ueberlinger Korrespondent der „Konst. Ztg.“ — vielleicht derselbe, dem das bekannte Macklot'sche Schandbild einen so großen Klumgenutz bereitet? — findet darin „ein erfreuliches Zeichen“ für die Stadt. Wir glauben ihm gerne! Ueber das Salemer Thal zog am Pfingstmontag Nachmittags ein schreckliches Gewitter, das mit Hagel begleitet war. Dasselbe soll in einzelnen Gemartungen bedeutenden Schaden verursacht haben. (Fr. St.)

Neueste Post.

Wien, 13. Juni. Ein Telegramm aus Bucharest vom 12. meldet: In Apalesti (Plojeshti?) haben schwere Wahlunruhen stattgefunden. Nach mehrmaliger erfolgloser Aufforderung und nachdem von einem Anhänger Brattiano's ein Schuß abgefeuert worden, gaben die Truppen Feuer, wodurch vier Personen vom Civil getödtet wurden. 23 Soldaten sind verwundet. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Katholisches Casino in Heidelberg.

Gemäß § 13 des Gesellschafts-Vertrages beehre ich mich, die Mitglieder der Betriebsgesellschaft zu der vorgeschriebenen jährlichen Generalversammlung auf Montag den 27. Juni, Nachmittags 2 Uhr, in das Gesellschaftshaus ergebenst einzuladen. Gegenstände der Tagesordnung sind:

- Bericht des geschäftsführenden Ausschusses über das verfloßene Betriebsjahr.
- Vorbericht desselben über das kommende Betriebsjahr.
- Ausloosung der statutenmäßig zur Heimzahlung bestimmten Schuldcheine.

Die per 1. Juli d. J. fälligen Zinsen der Gesellschafts- und Schuldcheine werden, von heute an beginnend, durch Herrn L. Kolb ausbezahlt.

Die Generalversammlung beginnt präzis 2 Uhr; für die auswärtigen Mitglieder ist auf 12 Uhr Diner im Vereins-hause parat, zu welchem man sich gefälligst bei Herrn Restaurateur Hemberger anmelden wolle.

Heidelberg, den 9. Juni 1870.

Der Vorstand:
Jakob Bindau.

Für G. A. Speck in Beiertheim sind weiter eingegangen: Bon — er 2 fl.; von Hrn. Bfr. H. von Durlach 1 fl. 30 kr. Weitere Gaben werden bereitwilligst angenommen.

Gestorben in Karlsruhe.

12. Juni. Amalie Wilhelmine, v. Bahnwart Romader, 27 J.
12. „ Marie Friederike v. Gr. Stallbier Wilhaud, 2 J.
13. „ Karl Zachmann, Schuhmacher, 29 J.
14. „ Friederike Crufius, Partikuliere, 65 J.

